

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

11. April 2016

### Afghanistan

#### Militärische Auseinandersetzungen

In den vergangenen Wochen gab es bewaffnete Auseinandersetzungen, Luft- und Raketenangriffe sowie Razzien in der südöstlichen Provinz Paktika, den östlichen Provinzen Nangarhar, Nursitan, der nördlichen Provinz Samangan, der westlichen Provinz Herat und der südlichen Provinz Kandahar.

#### Anschläge und Übergriffe

Am 04.04.16 starben zwei Menschen bei einem Anschlag auf ein Gästehaus der Polizei in der Provinz Nangarhar (Osten). Zehn Personen wurden verletzt.

Am 05.04.16 wurden bei einem Selbstmordanschlag nahe einer Klinik und einer Schule im Distrikt Siah Gird der zentralen Provinz Parwan mindestens sieben Zivilisten getötet und 25 verletzt. In der nordöstlichen Provinz Kunduz stürmten zwei mit Burqas verkleidete Taliban einen Polizeiposten. Die Angreifer kamen um.

Am 06.04.16 wurde gemeldet, dass Aufständische im Distrikt Nejrab, der zentralen Provinz Kapisa, in den letzten fünf Jahren 25 Personen wegen des Vorwurfs der Spionage hinrichteten. In der westlichen Provinz Herat wurde am 06.04.16 der Vorsitzende des Distriktsrats von Shindand erschossen.

Am 10.04.16 schlug in Kabul eine Rakete ein, ohne Schaden anzurichten. Im östlichen Nangarhar wurde bei mehreren Explosionen ein Kind getötet, mindestens sechs Menschen erlitten Verletzungen.

Am 11.04.16 kam es in Kabul zu einem Anschlag auf Beamte des Bildungswesens, ein Beamter starb, sieben wurden verletzt.

#### Angriffe und Drohungen gegen Schulen

Nach Angaben des afghanischen Bildungsministeriums mussten in den elf unruhigsten Provinzen 615 Schulen im Jahr 2015 wegen Kämpfen geschlossen werden. Besonders betroffen waren die Provinzen im Süden. So mussten im vergangenen Jahr 105 der 545 Schulen in Helmand den Betrieb einstellen, im benachbarten Kandahar waren es 150 von 545, in Zabul 140 von 242.

### Irak

#### Anschläge

Bei mehreren Selbstmordattentaten wurden am 04.04.16 mindestens 25 Menschen getötet. Betroffen waren die Stadt Nasirija (etwa 300 Kilometer südlich von Bagdad) und Basra (etwa 550 Kilometer südöstlich von Bagdad). Weiterhin steuerte ein Selbstmordattentäter in einem Vorort von Bagdad sein Auto in einen Checkpoint. Nördlich von Bagdad gab es einen Angriff auf das Hauptquartier paramilitärischer Truppen.

#### Rückkehr nach Ramadi

Mehr und mehr irakische Binnenflüchtlinge sollen in die Stadt Ramadi (Provinz Anbar) zurückgekehrt sein. Derzeit sind mehr als 9.000 Einwohner zurückgekehrt, nachdem die Sprengfallen beseitigt worden seien.

## **Finanzielle Hilfe**

Der US-Außenminister hat Irak weitere 155 Millionen Dollar (rund 136 Millionen Euro) humanitäre Hilfe für die Binnenvertriebenen zugesagt. Damit hätten die USA dem Land seit 2014 mehr als 778 Millionen Dollar an humanitärer Hilfe gewährt.

## **Syrien**

### **Gefechte in Aleppo und Damaskus**

Am 06.04.16 kam es südlich von Aleppo zu den schwersten Kämpfen seit Beginn der Waffenruhe. Russische Streitkräfte verstärkten ihre Angriffe, um den Vormarsch der Jabhat al-Nusra (JN) zu stoppen. Auch die Gefechte zwischen der YPG und islamistischen Kämpfern setzten sich fort. Bei Damaskus kam es zu Angriffen des IS auf syrische Truppen. Zudem sollen das Kraftwerk Tischrin sowie Stellungen der syrischen Truppen am Flughafen von Damaskus angegriffen worden sein. Die Regierungstruppen reagierten mit Luftangriffen auf IS-Stellungen.

### **Plan für Militäraktion in Aleppo**

Regierungschef Wael al-Halaki kündigte am 10.04.16 in Damaskus gegenüber russischen Parlamentsabgeordneten, dass die syrische Armee gemeinsam mit Russland eine Militäroperation zur Einnahme Aleppos, der zweitgrößten Stadt des Landes, plane. Die russische Luftwaffe solle dabei die Bodenoperation der syrischen Armee unterstützen. Vertreter der Opposition sehen deshalb den Waffenstillstand in Gefahr.

## **Jemen**

### **Schwere Gefechte in der Provinz Marib**

Am 08.04.16 kam es erneut zu schweren Gefechten zwischen regierungstreuen Truppen und Houthi-Rebellen. Dabei sollen laut Angaben des Militärs in der Provinz Marib mindestens zwölf Kämpfer, nach Rebellenangaben 35, ums Leben gekommen sein.

### **Beginn der Waffenruhe**

Die am 10.04.16 inkraftgetretene Waffenstillstandsvereinbarung soll in den ersten Stunden weitgehend eingehalten worden sein. Dennoch wird von vereinzelt Kämpfen in der Nacht zum 11.04.16 in der zentraljemenitischen Stadt Tais berichtet. Auch in den Provinzen Tais und Lahdsch habe es Luftangriffe der saudisch-geführten Militärkoalition gegeben. In der von den Houthi-Rebellen kontrollierten Hauptstadt Sanaa sei es ruhig geblieben. Am 18.04.16 werden die Konfliktparteien zu Friedensgesprächen in Kuwait erwartet.

## **Türkei**

### **Umsetzung des Flüchtlingsabkommens**

Die Türkei verkündete am 07.04.16 im Amtsblatt der Regierung, dass sie Syrern einen vorübergehenden Schutzstatus zusichere. Aus Griechenland abgeschobene Syrer würden nicht in ihr Heimatland zurückgeschickt werden. Damit reagierte die Türkei auf Berichte von Menschenrechtsorganisationen, wonach das Land Flüchtlinge nach Syrien abgeschoben habe.

Der türkische Präsident Erdogan drohte in einer Rede am 07.04.16 damit, das Abkommen mit der Europäischen Union nicht umzusetzen, wenn die EU ihre Zusagen nicht einhalte.

## **Sudan**

### **Mehr als 100.000 Flüchtlinge in Darfur**

Nach Angaben der Vereinten Nationen hat die Eskalation der Kämpfe in Darfur seit Ende März 2016 etwa 138.000 Menschen in die Flucht getrieben.

### **Abstimmung über Verwaltungsmodell für Darfur**

Am 11.08.16 begann in Darfur ein für drei Tage angesetztes Referendum über die künftige Verwaltungsstruktur der Region. Die Bevölkerung ist aufgerufen darüber abzustimmen, ob das Gebiet wie bisher aus fünf Einzelstaaten bestehen oder ein einziger Bundesstaat werden soll.

## **Westafrika/Ebola**

### **Erneut Todesfälle**

In Liberia wurde ein neuer Todesfall aufgrund einer Ebolaerkrankung gemeldet. Das Land war am 14.01.16 von der WHO für ebolafrei erklärt worden. Mit diesem Toten steigt die Zahl der bestätigten Todesfälle auf drei. Mehr als 100 Personen stehen unter Quarantäne. Auch in Guinea kam es zu einem Ausbruch. Nach WHO-Angaben erhielten dort ca. 800 Menschen, die Kontakt mit acht Ebola-Patienten gehabt hatten, einen experimentellen Impfstoff. Mehr als 1.000 Menschen stehen unter Beobachtung.

## **Somalia**

### **Sicherheitslage**

Al-Shabaab führt derzeit verstärkt Mordanschläge auf Ausländer und Mitarbeiter der Regierung aus. Bei einem Angriff auf das Fahrzeug eines Parlamentsabgeordneten in Mogadischu töteten die Islamisten am 05.04.16 zwei Leibwächter und verletzten den Abgeordneten schwer. Am 05.04.16 griffen mutmaßliche al-Shabaab-Kämpfer das Haus eines hochrangigen Offiziers der somalischen Armee in Mogadischu an. Sie eröffneten das Feuer auf Sicherheitsleute, konnten aber nicht ins Haus eindringen.

Al-Shabaab-Kämpfer überfielen am 05.04.16 einen Konvoi äthiopischer AMISOM-Soldaten nahe der Stadt el Buur (Region Galguduud). Vier Angreifer wurden getötet.

Am 06.04.16 nahmen Sicherheitskräfte im Stadtteil Yaqshid in Mogadischu 500 Personen vorläufig fest, da sie in Verbindung zur al-Shabaab gebracht wurden. Davon wurden 30 Personen für weitere Befragungen festgehalten.

Am 07.04.16 nahmen Einheiten der somalischen Armee der AMISOM mehrere Dörfer nahe Dinsoor (Region Bay) ein.

Bei einem Granatenangriff auf den Präsidentenpalast in Mogadischu am 07.04.16 kamen zwei Zivilisten ums Leben und 13 wurden verletzt.

Am 08.04.16 geriet ein Konvoi der AMISOM in der Region Middle Shabelle in einen Hinterhalt der al-Shabaab. Sieben Islamisten wurden getötet.

Al-Shabaab übernahm die Verantwortung für einen Autobombenanschlag auf ein Restaurant in Mogadischu, bei dem am 09.04.16 mindestens drei Zivilpersonen getötet und fünf verletzt wurden. Das Restaurant soll ein Treffpunkt für somalische Sicherheitskräfte sein.

Bereits im März hatten al-Shabaab-Kämpfer von der See aus die Ortschaft Garmal in Puntland überfallen und kurzzeitig eingenommen. Hierzu erklärte Puntlands Präsident Abdiweli Mohamed Ali „Gaas“, die Waffen, die bei den Islamisten sichergestellt worden seien, stammten aus Überfällen auf AMISOM-Basen in den Regionen Lower Shabelle und Gedo.

### **Al-Shabaab-Mitglieder hingerichtet**

Am 09.04.16 wurden zwei Angehörige der al-Shabaab wegen der Ermordung einer Journalistin im Dezember 2015 hingerichtet. Ein Militärgericht hatte sie zum Tod verurteilt.

### **Neue Dschihadistenorganisation**

Eine neue salafistische Dschihadistenorganisation aus ehemaligen al-Shabaab-Kämpfern namens Jabha East Africa (Ostafrikafront) gelobte in einer Twitter-Mitteilung Abu Bakr al Baghdadi, dem „Emir“ des IS, ihre Treue. Sie rief dazu auf, al-Shabaab zu verlassen und neue Frontlinien in Ostafrika zu eröffnen.

## **Eritrea**

### **Rekruten in Asmara getötet?**

Nach Angaben oppositioneller Medien sollen eritreische Sicherheitskräfte am 03.04.16 in der Hauptstadt Asmara mehrere junge Wehrpflichtige getötet haben, als diese versuchten, von ihrem Militärkonvoi zu flüchten. Begonnen habe alles mit der Flucht von zwei Wehrpflichtigen in May Temeny im Nordwesten der Stadt. Beide seien sofort erschossen worden. Der Konvoi habe seine Fahrt zunächst fortgesetzt, bevor die Lage im Zentrum am Shuq-Markt eskalierte. Familienangehörige und Freunde hätten versucht, die Fahrt der Militär-LKWs mit einem Bus zu blockieren. Erneut hätten Soldaten gezielt auf flüchtende Rekruten geschossen. Dabei sei es auch zu zivilen Opfern gekommen. Einige sollen ihren Verletzungen im Krankenhaus erlegen sein.

Die Rekruten seien auf dem Weg von Akurdet in ein Ausbildungslager nahe Assab gewesen. Die eritreischen Behörden hätten den behaupteten Vorfall zunächst nicht kommentiert. Später habe ein Regierungsvertreter erklärt, mehrere Soldaten seien vom Lkw gefallen und hätten sich dabei tödlich verletzt.

Immer wieder werden in der eritreischen Diaspora Berichte veröffentlicht, deren Wahrheitsgehalt wegen der restriktiven Informationspolitik der Regierung nicht überprüft werden kann.

## **Kenia**

### **Verfahren vor IStGH gescheitert**

Ein Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in den Haag u.a. gegen führende kenianische Politiker wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit den Wahlen von 2007 ist vorläufig gescheitert. Am 05.04.16 entschied das Gericht, das Verfahren gegen die letzten beiden Angeklagten, Kenias Vizepräsidenten William Samoei Ruto und den Journalisten Joshua Arap Sang, mangels Beweisen einzustellen. Dies schließt ein erneutes Verfahren vor dem IStGH oder nationalen Gerichten nicht aus, sollte die Beweislage es erlauben. Anklägern sowie Richtern zufolge habe politische Einflussnahme ein faires Verfahren verhindert.

Bereits im Dezember 2014 war das Verfahren gegen Kenias amtierenden Präsidenten Uhuru Kenyatta eingestellt worden, nachdem Chefanklägerin Fatou Bensouda die Anklage mangels stichhaltiger Beweise zurückgezogen hatte. Zeugen der Anklage hatten ihre ursprünglichen Aussagen widerrufen oder waren nicht mehr zu einer Aussage bereit gewesen. Schon damals hatte Bensouda Kenias Regierung vorgeworfen, das Verfahren behindert und Zeugen eingeschüchtert zu haben.

Nach den Wahlen von 2007 starben bei Unruhen mehr als 1.000 Menschen, etwa 600.000 wurden vertrieben. Als eine Aufarbeitung der Vorfälle durch Kenias Justiz scheiterte, kam es zum Verfahren vor dem IStGH.

Kenyatta war der erste dort angeklagte amtierende Staatschef.

## **Republik Kongo**

### **Gefechte in Brazzaville nach Präsidentenwahl**

Am 04.04.16 griffen Bewaffnete in mehreren südlichen Stadtteilen der Hauptstadt Brazzaville, die Hochburgen der Opposition sind, Militärposten, Polizeistationen sowie Regierungsgebäude an und setzten diese teilweise in Brand. Laut Regierungsangaben wurden bei heftigen Gefechten zwischen Angreifern und Sicherheitskräften zwölf Angreifer, drei Polizisten sowie zwei Zivilisten getötet. Nach Angaben von Augenzeugen sollen die Angreifer den Rücktritt von Staatspräsident Denis Sassou Nguesso gefordert haben, der am 20.03.16 mit rund 60 Prozent der Stimmen in einer umstrittenen Wahl wiedergewählt worden war. Am Morgen des 05.04.16 war die Lage wieder ruhig. Die Regierung verhaftete etwa 50 frühere Mitglieder der Ninja-Nsilulu-Miliz, die sie für die Angriffe verantwortlich macht. Diese Miliz hatte im Bürgerkrieg (1997–1999) gegen Anhänger von Sassou Nguesso gekämpft. Anführer der Ninjas war damals der Vater von Guy-Brice Parfait Kolelas gewesen, der als Oppositionskandidat bei der Präsidentschaftswahl im März 2016 den zweiten Rang belegt hatte. Am 06.04.16 gab Kolelas seinen Widerstand gegen das Ergebnis der Präsidentschaftswahl auf und rief seine Anhänger auf, Sassou Nguesso als Präsident anzuerkennen, auch wenn das offizielle Wahlergebnis fragwürdig sei.

## **Bosnien und Herzegowina**

### **Tausende mit Verbindungen zu radikalen Islamisten**

Nach Angaben der Sicherheitsbehörden haben mehrere tausend Personen Kontakte zu radikal-islamischen Bewegungen.

### **Furcht vor Radikalisierung durch arabische Investoren**

Immer mehr arabische Investoren sind in Bosnien aktiv. Geplant sind mehrere Großprojekte, Wohn- und Ferienanlagen in Milliardenhöhe. Durch den Zuzug der arabischen Investoren fürchten viele eine Zunahme des fundamentalistischen Wahabismus. Die moderaten bosnischen Muslime sehen die Gefahr einer weiteren Radikalisierung.

## **Westbalkan**

### **Großes Interesse an Arbeits-Visa für Westbalkan-Bürger**

Seit Anfang Dezember bis Ende Februar 2016 wurden über 800 Visa zur Arbeitsaufnahme an Bürger der sechs Westbalkanländer erteilt. Das Interesse in den Balkanländern – aber auch bei den deutschen Arbeitgebern – sei noch deutlich größer.

Die Öffnung des Arbeitsmarktes hatte die Bundesregierung im Zuge der Asylrechtsänderungen im Oktober 2015 beschlossen: Kosovo, Albanien und Montenegro wurden damals zusätzlich zu Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Als Ausgleich sollte Bürgern der Balkanländer eine Perspektive für die legale Zuwanderung eröffnet werden. Voraussetzung für die Einreisebewilligung nach der neuen Beschäftigungsverordnung ist ein konkreter Arbeits- oder Ausbildungsvertrag zu Tarifbedingungen und die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit.

## **Kosovo**

### **Proteste bei Vereidigung Hashim Thaçis zum Staatspräsidenten**

Am 07.04.16 trat Hashim Thaçi sein Amt als neuer Staatspräsident an. Protestierende versuchten die Antrittszeremonie mit Tränengasattacken zu stören. Thaçi war im Februar unter Protest der Opposition gewählt worden. (vgl. BN v. 29.02.16)

### **Hintergrund**

Thaçi war von 2008-2014 erster Ministerpräsident Kosovos, danach Vizepremier und Außenminister. Der 47-Jährige ist Mitbegründer und Führer der Kosovo-Befreiungsarmee UÇK und seit 2000 Vorsitzender der Demokratischen Partei Kosovos (PDK). Ihm werden immer wieder Korruption und Verbindungen zur organisierten Kriminalität nachgesagt. Namentlich wird er auch in dem vom Schweizer Europaratsermittler Dick Marty im Jahr 2010 vorgelegten Bericht über mutmaßliche Verstrickungen der ehemaligen UÇK-Führung in Organhandel genannt. Thaçi soll als leitendes Mitglied der sog. Drenica-Gruppe während und nach dem Kosovo-Krieg daran beteiligt gewesen sein, serbische Gefangene getötet und ihre Organe zur Transplantation weiterverkauft zu haben. Thaçi bestreitet die Vorwürfe. Bislang wurde weder in Kosovo noch von Seiten internationaler Jurisdiktion ein Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren gegen ihn angestrengt.

### **Stabilisierungs-Assoziierungsabkommen tritt in Kraft**

Am 01.04.16 trat das Stabilisierungs-Assoziierungsabkommen (SAA) zwischen der EU und Kosovo in Kraft. Das SAA soll die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen vertiefen und dient zudem der Vorbereitung eines etwaigen späteren EU-Beitritts.

Es war der erste konkrete Schritt in Richtung EU-Beitritt, obwohl die Unabhängigkeit des Landes noch immer von fünf EU-Staaten (Rumänien, Slowakei, Griechenland, Spanien und Zypern) nicht anerkannt wird. Kosovo hofft als nächsten Schritt auf eine baldige Befreiung von der Visapflicht für den Schengenraum, da es das einzige Land der Westbalkanstaaten ist, für dessen Bürger bei Einreise in EU-Staaten noch die Visumpflicht gilt.

## **EJR Mazedonien**

### **Opposition will Parlamentswahl boykottieren**

An der für den 05.05.16 geplanten Parlamentswahl will die von den Sozialdemokraten geführte Opposition (SDSM) nicht teilnehmen, da die Voraussetzungen für faire und freie Wahlen noch immer nicht gegeben seien. Es fehle an bereinigten Wählerlisten und der Gewährleistung von Medienfreiheit.

Mazedonien befindet sich damit erneut in einer Krise. Die vorgezogenen Wahlen sollten einen Neuanfang für die zerstrittenen Regierungs- und Oppositionsparteien bedeuten. Regierung und Opposition hatten sich im Sommer 2015 unter Druck der EU-Kommission auf eine Regierungsumbildung und vorgezogenen Neuwahlen geeinigt, um die seit der letzten Parlamentswahl im April 2014 schwelende politische Krise zu beenden. Die Opposition hatte der Regierung unter Ministerpräsident Gruevski (VMRO-DPMNE) Wahlbetrug vorgeworfen. 2015 spitzte sich die Krise weiter zu, als sie der Regierung vorwarf, 20.000 Menschen seien abgehört worden.

## **Ukraine**

### **Gefechte in der Region Donezk**

Ukrainische Armee und prorussische Separatisten werfen einander mehrere Angriffe in der Ostukraine vor. Betroffen sei insbesondere die Region nördlich von Donezk. Ukrainischen Militärangaben zufolge hätten die Separatisten einen Angriff auf die Industriezone im Süden der Kleinstadt Awdijiwka begonnen. Dabei seien am Wochenende acht Regierungssoldaten teils schwer verletzt worden. Die prorussischen Separatisten vermeldeten ihrerseits Angriffe ukrainischer Regierungstruppen auf Wohnbezirke im Norden Donezks.

## **Aserbaidshchan/Armenien**

### **Waffenruhe in Berg-Karabach gefährdet**

Die am 05.04.16 zwischen Armenien und Aserbaidshchan vereinbarte Feuerpause im Südkaukasus ist nach Angaben aus der von Aserbaidshchan de facto abgetrennten Region Berg-Karabach am 08.04.16 erstmals ernsthaft verletzt worden. Die aserbaidshchanische Armee habe bei Schießereien zwei armenische Soldaten getötet, teilten die Behörden des international nicht anerkannten Gebiets mit.

Der Zwischenfall könnte die von Russland vermittelte Waffenruhe gefährden. Aserbaidshchan lehnte erneut direkte Gespräche mit Berg-Karabach ab. Einziger Gesprächspartner für eine Beilegung des Streits bleibe Armenien, sagte der aserbaidshchanische Präsident Ilham Aliyev. Der autoritär regierende Staatschef traf sich am 08.04.16 in Baku mit dem russischen Ministerpräsidenten Dmitri Medwedew, der dort seine Vermittlungsgespräche fortsetzte. Medwedew warnte die Konfliktparteien vor einem Wiederaufflammen der Kämpfe. Bei den jüngsten Gefechten sind seit Anfang April 2016 insgesamt mehr als 80 Soldaten beider Seiten ums Leben gekommen. Auch Zivilisten kamen um.

## **Myanmar**

### **Amnestie/Haftstrafen gegen Aktivisten**

Aung San Suu Kyi kündigte am 07.04.16 die Freilassung politischer Gefangener an. Für 100 Gefangene wurde dies schon umgesetzt. Unter denen, die freikamen bzw. kommen, sind mehr als 60 Studenten und Unterstützer, die wegen Demonstrationen im März 2015 gegen geplante Änderungen im Bildungswesen inhaftiert wurden.

Der Organisation Assistance Association for Political Prisoners (Burma) zufolge gab es Anfang April 2016 121 politische Gefangene, 414 Aktivisten waren angeklagt.

Ein Gericht in der Stadt Mandalay verurteilte am 08.04.16 zwei Aktivisten wegen Kontakten zu einer Rebellenorganisation zu je zwei Jahren Haft.